

# „Wollen eine klare Regelung“

Die Tage der Straßenausbaubeiträge sind gezählt. Matthias Beyer, Hofer Kreisvorsitzender des Gemeindetags, hofft auf eine neue Denkweise in den Kommunen.

*Herr Beyer, nun will auch die CSU die Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs) abschaffen. Was halten Sie davon, als Bürgermeister der Freien Wähler und als Kreisvorsitzender des bayerischen Gemeindetags?*

Die meisten Bürgermeister sind froh, dass das Thema hoffentlich in absehbarer Zeit vom Tisch ist und eine klare Regelung eingeführt wird. In den vergangenen Tagen haben sich ein Bürgermeister und ein Gemeinderat aus anderen Gemeinden – die übrigens nicht den Freien Wählern angehören – bei mir gemeldet: Sie wollten wissen, wo man die Unterschriftenlisten für das Bürgerbegehren gegen die Ausbaubeiträge erhält. Viele wollen den Druck aufrechterhalten, der durch das Bürgerbegehren entstanden ist. Es herrscht auf kommunaler Ebene ein Grundkonsens, dass das jetzt durchgezogen werden muss.

*Sind Sie persönlich der Meinung, dass die Freien Wähler das Bürgerbegehren weiterverfolgen sollten, trotz der Initiative der CSU?*

Man weiß ja nicht, wie schnell eine neue Regelung kommt. Zurzeit werden konkrete Lösungen ausgearbeitet – es wird sich zeigen müssen, ob es das Bürgerbegehren noch braucht.

*SPD-Landtagsabgeordneter Klaus Adelt wirft Freie-Wähler-Vorsitzendem Hubert Aiwanger vor, er verursache in den Kommunen ein Chaos. Wie bewerten Sie diese Kritik?*

Dieses landes- und parteipolitische Geplänkel will ich nicht kommentieren. Ich bin in erster Linie Bürgermeister. Es kann uns allen nur recht

sein, wenn eine klare Regelung kommt. Man muss Folgendes sehen: Die Strabs ist nicht verbindlich geregelt, sondern eine Soll-Bestimmung, die für fast alle Kommunen als „Muss“ auszulegen ist. Trotzdem ist ihre Anwendung durch Rechtsaufsichtsbehörden in Bayern unterschiedlich vollzogen worden.

*Wie ist die Situation in Köditz?*

Wir haben die 2004 erlassene Beitragsatzung bisher zweimal angewendet. Aktuell läuft eine Ausbaumaßnahme im Gewerbegebiet. Das ist nichts allzu Großes, wir müssen

## Interview



Matthias Beyer, Bürgermeister von Köditz und Kreisvorsitzender des bayerischen Gemeindetags

insgesamt 40000 Euro umlegen. Aber kaum hatten wir die Informationsschreiben an die betroffenen Grundstückseigentümer verschickt, kamen negative Reaktionen. Das zeigt, was das für ein heißes Eisen ist.

*Wie werden Sie in diesem Fall weiter verfahren? Wird die Gemeinde die Kosten umlegen, trotz der neuen Entwicklungen?*

Wir müssen abwarten, was bei der Suche nach einer Übergangsregelung herauskommt. Es gibt keinen Druck, der Ausbau hat erst begonnen.

*Alle Städte und Gemeinden im Landkreis Hof verfügen über Beitragsatzungen ...*

Oft kommen die Satzungen aber gar nicht zur Anwendung. Um sich Ärger zu ersparen, haben viele Kommunen in den vergangenen Jahren versucht, beitragspflichtige Sanierungen zu vermeiden – was aber nur bei nicht staatlich geförderten Maßnahmen möglich war. Wenn nun eine neue Regelung kommt, erwarte ich, dass die Städte und Gemeinden mit einer anderen Denkweise als bisher an Sanierungsprojekte herangehen.

*Wie meinen Sie das?*

Bisher ist es oft so, dass sich Kommunen bei der Reparatur von Straßen auf Kosmetik beschränken, um Kosten zu sparen und die Bürger nicht belasten zu müssen. Wenn die Strabs wegfällt, können sie Sanierungen sinnvoller angehen und im notwendigen Maße dafür investieren, falls finanzielle Mittel vorhanden sind. Natürlich muss aber erst geklärt werden, wie die fehlenden Beitragszahlungen kompensiert werden.

*Welche Möglichkeiten gibt es dafür aus Ihrer Sicht?*

Das ist schwer zu beantworten. Ein Teil der Straßenausbaukosten wird ja auch künftig an den Kommunen als Eigenmittel hängen bleiben, wie es bisher schon der Fall ist. Der Wegfall der Ausbaubeiträge wird wohl letztlich mit Steuergeldern ausgeglichen werden müssen. Welche Töpfe infrage kommen, kann ich nicht beurteilen, das müssen die Fachleute auf Landesebene klären. Ich hoffe nur, dass die Mittel nicht aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommen werden, denn dieses Geld würde den Kommunen woanders fehlen.

*Hubert Aiwanger hat gefordert, den Bürgern bereits in der Vergangenheit bezahlte Beiträge zurückzuerstatten.*

Das halte ich für nicht durchführbar. Aber man muss sicherlich über die Abrechnung von aktuell laufenden Maßnahmen diskutieren.

*Das Gespräch führte Hannes Keltsch*

29.01.18